

FLUGHAFENAUSBAU

Kommunen müssen sich gemeinsam wehren

Die DKP/OL-Fraktion brachte in der Stadtverordnetenversammlung nachfolgenden Antrag ein:

- 1. Es wird eine Kommission gebildet, der Vertreter aller in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien angehören sollen, um den Widerstand gegen eine Flughafenerweiterung zu unterstützen.**
- 2. Für die Arbeit dieser Kommission (Öffentlichkeitsarbeit) werden vorerst 15.000 DM bereit gestellt.**

In der Begründung heißt es u.a.:

Die Mediationsrunde geht ihrem Ende entgegen. Die Pläne für weitere Start- und Landebahnen am Flughafen Frankfurt werden zügig vorangetrieben. Es gibt neue Rekorde im Flugverkehr. In diesem Jahr erwartet man 45 Millionen Fluggäste (Vorjahr: 30,43 Millionen). Viele Politiker wollen eine Erweiterung, manche sagen: „Es geht nur noch um die Form des Ausbaus“, eine Null-Option sei nicht mehr dabei. Der Flughafen selbst nimmt, was er durchsetzen kann. Eine oder zwei Bahnen und dazu noch Erbenheim. Egal wo die Bahnen hinbetoniert werden sollen, der Flugverkehr würde in der Region bleiben. Bei einer neuen Landebahn im Kelster-

bacher Wald werden mehrere 100.000 Menschen im Rhein-Main-Gebiet von der Steigerung des Fluglärms betroffen. In Offenbach werden rund 25.000 unter der geplanten Einflugschneise leben. Die von der FAG „positiv“ bewertete Nordbahn-Variante bedeutet einen Koordinationseckwert von bis zu 139 Maschinen pro Stunde (heute 80), über 2000 Flugzeuge pro Tag (heute 1115). Hier zu beachten: am 15.9.99 gab es an einem Tag 1404 Starts und Landungen.

Man plant schon bis zu 800.000 Maschinen im Jahr.

Egal was die Mediation empfiehlt, egal wie sich Wiesbaden entscheidet, Mörfelden-Walldorf gehört zu den direkt Betroffenen. So gesehen ist das The-

ma das drängende kommunalpolitische Thema überhaupt.

Für die Zukunftsdiskussion haben auch Kommunalpolitiker Fakten zu beachten.

Beispiele: Vor acht Jahren hatten wir ca. 80 Nachtflüge, heute sind es bis zu 170. 1997 gab es 392.000 Flugbewegungen, 1998 schon 419.210, in diesem Jahr gibt es einen weiteren steilen Anstieg. Man rechnet, mit den schon vorhandenen Bahnen auf 550.000 erhöhen zu können. Ist das auf Dauer auszuhalten?

Es wird heute nur vom Wirtschaftsstandort geredet, keiner benutzt das Wort Lebensstandort. Das wäre aber notwendig, denn hier leben Menschen,

Fortsetzung auf Seite 3



Wer jetzt noch schläft - kann bald nicht mehr schlafen

Die Luft für Schröder wird dünner

Wer als Linker politisch aktiv ist in den Gewerkschaften, Parteien, in der Kommunalpolitik, dem kann der Niedergang der SPD nicht gleichgültig sein.

Für viele ist die Schmerzgrenze erreicht, auch Sozialdemokraten treten öffentlich für einen Gegenkurs zu Schröder ein. (Noch ist in unserer Stadt davon nichts zu spüren.)

Vor allem die Proteste und Forderungen aus den Gewerkschaften gegen den Kurs der Bundesregierung nehmen zu.

So kritisierte die IG Metall die von Arbeitsminister Walter Riester geplante private Altersversorgung, weil das Sparen für eine private Zusatzrente eine unzumutbare Belastung der Arbeitnehmer ist.

Zunehmend mehr rumort es an der gewerkschaftlichen Basis. Die Stim-

men werden lauter, die ihre offene Ablehnung deutlich machen und Widerstand gegen den Sozialabbau der Bundesregierung einfordern. Im DGB Info-Service „einblick“ 15/99 spricht der IG Metall-Vize Jürgen Peters davon, daß sich in der Gewerkschaft „zunehmend Unbehagen bis offene Ablehnung“ breit macht, „weil sie nicht das sehen, wofür sie eingetreten sind - einen Politikwechsel und mehr soziale Gerechtigkeit.“ Die Zeitung der IG Medien „Druck + Papier“ schreibt in ihrer August/September-Ausgabe dazu: „Auch Rot-Grün setzt den Schwerpunkt auf die Förderung der Wirtschaft zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitslosen. Sozialabbau wird nicht dadurch schöner, daß er nun mit einer roten Nelke verziert wird“.

Nur eine Sache der Vermittlung?

Nach den Wahlen an der Saar, in Sachsen, in NRW, in Berlin müßte eigentlich dem letzten Sozialdemokraten klar geworden sein: so kann es nicht weitergehen.

Nehmen wir Nordrhein-Westfalen: Von 23 Großstädten in NRW haben 13 einen CDU-Oberbürgermeister bei den Landräten sieht es noch schwärzer aus, geradezu flächendeckend gibt die CDU den Ton an. Dazu kommt die geradezu beschämend schwache Wahlbeteiligung bei den meisten Wahlen.

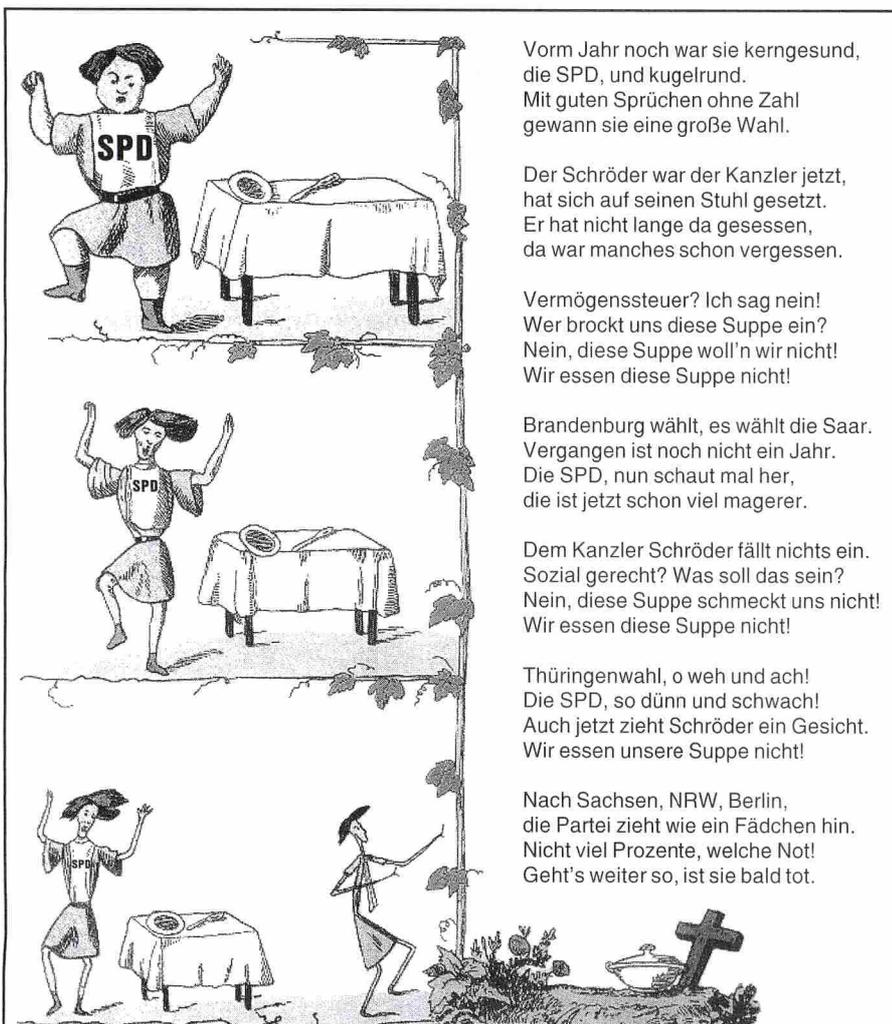
War alles nur eine Sache der „Vermittlung“ - hieß es bei der SPD. Diese Aussage ist eine Verleumdung der Wählerinnen und Wähler. Die Leute sind ja nicht blöde. Aber sie sind betroffen vom „Sparpaket“ der Regierung - die Rentner, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger.

Es zeigt sich, daß die Wählerinnen und Wähler durchaus über eine eigene Meinung verfügen und umso mißtrauischer werden, wenn ihnen Allgemeinplätze um die Ohren fliegen. Daß in diesem Jahr 10.000 Mitglieder die SPD verlassen haben sollte ebenfalls die SPD-Oberen nachdenklich machen.

Wirklich keine Alternativen?

Schröder-Eichel-Riester wiederholen gebetsmühlenartig die Behauptung, „Zu dieser Politik gibt es keine Alternative“. Auf der IG Metall Konferenz „Geld ist genug da - Steuer und Finanzpolitik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ widerlegte der niedersächsische Bezirksleiter Hartmut Meine diese Aussage. In seinen Ausführungen über die Steuerpolitik forderte er in sechs Punkten u. a., die Vermögenssteuer wieder einzuführen, den Spitzensteuersatz nicht zu senken, sowie eine stärkere Besteuerung der Gewinne aus Aktienspekulationen vorzunehmen, um die Einnahmenseite im Bundeshaushalt zu verbessern. An die Adresse der sozialdemokratischen Minister sagte Hartmut Meine: „Wir erwarten von einer Regierung, für die wir uns im Bundestagswahlkampf engagiert haben, daß sie

Fortsetzung auf Seite 3





Fortsetzung von Seite 1

und die sollen auch morgen noch hier leben können. Aus alle dem folgt, Kommunalpolitiker haben sich, wie schon die Bürgerinitiativen, einzumischen. In einer Reihe von Städten gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen Bürgerinitiativen und Verwaltung. Einige Kommunen stellen hierfür Finanzmittel bereit, es gibt darüber hinaus Städte, die Finanzmittel für den Klageweg bereit gestellt haben.

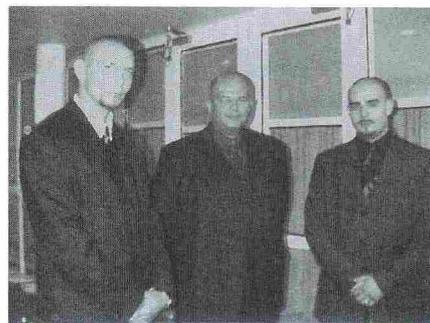
Beispiele: In Heusenstamm will die CDU-Fraktion 20.000 DM der Bürgerinitiative zur Verfügung stellen. In Neu-Isenburg wurde, ebenfalls auf Antrag der CDU, beschlossen, 100.000 DM für juristische Beratung, 50.000 DM für die Öffentlichkeitsarbeit bereitzustellen. In Kelsterbach, Raunheim und Rüsselsheim gibt es eine gute Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinitiativen und der Kommune.

Mit unserem heutigen Antrag wollen wir erreichen, daß sich die Stadtverordnetenversammlung ihrer konkreten Verantwortung bewußt wird und sich in die Abwehrbewegung gegen die Flughafenerweiterung einreihet. Wir erinnern dabei ausdrücklich an die guten Erfahrungen, die mit der Parteienaktionsgemeinschaft vor fast 20 Jahren gemacht wurden. Damals ging es vor allem um den Verlust von Wald - die Flugbewegungen waren vergleichsweise gering. Heute hat das Problem des Fluglärms eine existenzielle Bedeutung erlangt.

Eine eigenartige Veranstaltung

Ende September unternahm die Mediationsrunde im Kelsterbacher Bürgerhaus den Versuch, ihre kurz vor dem Abschluß stehende Arbeit vorzustellen.

Eingeladen waren Landräte, Bürgermeister, Kommunalpolitiker, die Umweltverbände und die Bürgerinitiativen. Geleitet wurde die Veranstaltung von einer extra verpflichteten Firma. Die allerdings gab sich zwar professionell, war es aber nicht. Das fing an mit bulligen Sicherheitsleuten (unser Foto), die man vor die Tür stellte. Eine „gelungene“ psychologische Einstimmung. Vor der Tür standen Bürgerinitiativen, zeigten ihre Transparente und verteilten Infomaterial.



Als es im Saal los ging, begrüßte man alle - vergaß aber die meisten der Anwesenden: die Bürgerinitiativen.

Nach der Vorstellung der von der Mediation geleisteten Arbeit, gab es eine Diskussion.

Über zwanzig Vertreter von Bürgerinitiativen meldeten sich. Engagierte Beiträge von kompetenten Leuten.

Die gesamte Politikerriege schwieg - bis zum letzten Redner. Der Bürgermeister von Hattersheim vertrat vehement die Interessen seiner Stadt.

Beschämend, viele der Politiker verdrückten sich während der Diskussion, keiner meldete sich zu Wort. Schlechte Interessenvertreter allemal.

Notwendig wird aber gerade jetzt, daß sich die Kreise und Kommunen zu Wort melden.

Sonst könnte man meinen, die FAG hat sie schon alle im Sack.



Fluglärm-Beschwerde-Nr: (069) 690-22001

Fortsetzung von Seite 2

eine Politik im Interesse der Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslosen macht.“ Daß es nicht nur Haushaltslöcher gibt, belegt seit langem das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung in München (ISW), z. B. mit seinen Forderungen für die Änderung des geltenden Bodenrechts, was die Wertsteigerungs-Gewinne nicht antastet; mit der Einführung eines „Solidarbeitrags der Superreichen“ und der drastischen Senkung der Zinsen für Staatsschulden, an denen die Banken so hervorragend verdienen.

Dagegen steht die arrogante Schröder-Parole „Wir sind die Macher gegen die Miesmacher“. Getrieben von den Arbeitgeberverbänden wurde danach Politik gemacht. Ein Telefonat von VW-Chef Piech bei Schröder genügte, um in Sachen EU-Altauto-Verordnung den Koalitionsbeschluß zu kippen. Die rot-grünen Sozialkürzungen sollen das „Vertrauen der Anleger in den Euro“ fördern, und dem Kapital sollen weitere Steuergeschenke gemacht werden, um „den Standort Deutschland zu stärken“. Ein weiterer Wunschzettel des Arbeitgeberpräsidenten Hundt liegt

hierfür auf dem Tisch. Bei Kohl & Waigels geringerem „Sparpaket“ wurde in den Gewerkschaften noch von „Sozialraub“, „Kahlschlagspolitik“ und „Kapitalismus pur“ gesprochen und es war Konsens, daß nur alle gemeinsam mit machtvollen außerparlamentarischen Aktionen dagegen eine Chance hätten. An der gewerkschaftlichen Basis wird zwar vielerorts diskutiert, ob gegen diese Politik nicht „Proteste in größerem Stil“ organisiert werden müßte. Aber im Großen und Ganzen ist es bei den Ortskartellen noch ruhig. Auch in Mörfelden-Walldorf.

Wie soll es weiter gehen?

Vor einem Jahr hatten die Bundesbürger die CDU/FDP-Koalition in Bonn satt, und viele hofften, dass sich mit der Wahl der SPD und der Grünen so manches zum Besseren wenden würde. Schröder sagte „Wir machen nicht alles anders, aber vieles besser“. Die ersten Wochen nach der Wahl dachte noch mancher, dass der Weg in die richtige Richtung geht. Aber inzwischen ist die Enttäuschung über den geplanten Sozialabbau nicht mehr zu übersehen. Bei den letzten Wahlen rutschte die SPD immer tiefer in den Keller. Auch ihr grüner Partner blieb nicht verschont. Der Frust über die Erfolglosigkeit in der Atompolitik, über die verstümmelte Öko-Steuer und über den blinden Gehorsam von Kosovo bis Ost-Timor hat die Partei der Grünen gebeutelt wie noch nie zuvor. Das schlimmste an der Sache ist, dass die CDU triumphiert und bei den Wahlen profitiert. Das, was die jetzige Regierung der Mehrzahl der Bürger abverlangt, hat sich die Vorgängerregierung in diesem Ausmaß nicht getraut. Aber es stimmt schon was Eichel sagt, „die Kassen sind leer“ - obwohl wir in einem reichen Lande leben.

Der Grund allen Übels ist die Übermacht der Konzerne und der Banken, die sich immer mehr international verflechten und sich somit dem Einfluss nationaler Regierungen entziehen. Solange die Regierung dem nicht entgegen tritt und gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Verbänden dagegen Front macht, bleibt ihr nur die Rolle eines Erfüllungsgehilfen. Bis jetzt hat es den Anschein, dass sie diese Rolle auch weiter spielen will. Sie ist nicht bereit, das Geld zum Stopfen der Haushaltslöcher bei den Superreichen, von den grossen Vermögen, den

Grossbanken und den grossen Unternehmen zu holen, sondern versucht es bei den Schwächsten unserer Gesellschaft, den Sozialhilfeempfängern, den Arbeitslosen und den Rentnern. Zusätzlich wälzt sie einen Teil der Kosten zur Sanierung des Bundeshaushaltes auf die Städte und Gemeinden ab, die dann der einzelne Bürger wieder zu tragen hat.

Bei all dem ist zu vermuten, dass den Unternehmerverbänden eine Rot/Grüne Bundesregierung lieber ist als eine Schwarz/Gelbe. Das Protestpotenzial der Gewerkschaften, der Betriebsräte und der SPD-Basis, aber auch vieler SPD-Bürgermeister und Landräte ist ruhig gestellt. Trotzdem wird inzwischen immer mehr Menschen bewusst, dass es so nicht weiter gehen kann. Aus Unzufriedenheit muss Protest werden. Deshalb die CDU oder gar rechte Parteien wie die Republikaner zu wählen, oder am Ende aus Protest vielleicht garnicht wählen zu gehen, wäre die falsche Schlussfolgerung. H.Hechler

endlich liegt ein Plan auf dem Tisch, mitnutzenden Vereinen abgesprochen, mit Vorstellungen, das Haus künftig als Veranstaltungs- und Tagungsort attraktiv zu machen. Kosten: über 12 Mill. Mark. Als weiteres soll das Rathaus Walldorf saniert werden. Es ist laut Brehl die schlechteste Immobilie im Stadtbesitz in punkto Bauzustand und Isolation. Ein zusätzliches Stockwerk auf dem Verwaltungsflügel soll sowohl die Raumprobleme lösen, als auch die Dachsanierung beinhalten. Ein Anbau beherbergt künftig ein Stadtbüro (jene Anlaufstelle, die „alles“ erledigt). Ein behindertengerechter Aufzug bringt die Menschen von Stockwerk zu Stockwerk; auch ins neue Trauzimmer in der 1. Etage. Neue Fassade, Fenster, evtl. Solaranlage, neu und geschmackvoll gestaltetes Umfeld. Kosten: über 10 Mill. Mark. In Zusammenarbeit mit RMV, Bahn und Stadt wird der Bahnhofplatz in Walldorf gestaltet. Der Brunnen zum 300. Geburtstag des Stadtteils soll noch in diesem Jahr installiert werden. Die angrenzenden Straßen werden in den Platz integriert, die Fahrzeuge vom direkten Platz verdrängt, Parkplätze für Radfahrer und Pkw entstehen neu, die Unterführung wird heller, wird per Aufzug auch für Rollstuhlfahrer passierbar. Die Bahnsteige werden erhöht um besser ein- und aussteigen zu können. Auch auf der anderen Bahnseite entsteht eine überdachte Radabstellmöglichkeit. Durch andere Verkehrsführung und Wegnahme des Abstellgleises vermehren sich die Parkmöglichkeiten. Kosten: Fast 6 Mill. Mark, wovon die Stadt ca. 30% trägt. Das sind drei Projekte, die in den nächsten drei/vier Jahren verwirklicht werden sollen. Die Wunschliste ist länger, und mancher dieser Wünsche fällt in die Kategorie Notwendiges. Wir nennen nur die Sanierung im Walldorfer Klärwerk, Bahnhof und -umfeld in Mörfelden, die Ortsstraßen werden schlechter und bedürfen der Renovierung. Hinzu kommen noch Verkehrsberuhigung und Radwege. Die Neubürger in Passage/Lange Äcker benötigen soziale Einrichtungen wie Kindergarten und -spielplatz. Kleingartengelände und Einrichtungen für die Jugend sind ebenso erforderlich. Bei diesen kommunalen Aufgaben sollte man schon einen Gedanken an die stets knapper werdenden Finanzen verschwenden. Bund und Land delegieren viele Aufgaben auf die Gemeinden und Städte ohne die Gelder bereit zu stellen. D. R.



Wo ist der Esel, der Gold schießt?

Man brauchte einen jener Dukatenesel, von denen es im Märchen heißt, dass er Heu frisst und in Gold umwandelt. Das wäre die Lösung der kommunalen Geldprobleme. Sie werden sich angesichts großer Investitionsvorhaben in den nächsten Jahren vergrößern. Als erstes zu nennen ist das Bürgerhaus in Mörfelden. Seit ca. 10 Jahren hat die Verwaltung den Auftrag ein Konzept zur Sanierung/Renovierung/Umbau vorzulegen. Viele Male Anfragen, Beschlüsse, Drängen. Nun



Den letzten beißen die Hunde

Kommunen sollen zahlen und die Kosten weiterreichen

Die Bundesregierung will „sparen“. Um 30 Milliarden Mark geht es – vorerst. Schröder, Eichel & Co. begründen ihr Vorgehen damit, daß die angehäuften Staatsschulden nicht noch höher werden dürfen. Scharping allerdings fordert schon weitere Millionen für seine Militärs.

Offensichtlich handeln die Regierenden nach dem Motto „Jeder ist sich selbst der nächste“ – verschiedene ih-

Landkreise von ca. 7 Milliarden DM nach der Jahrtausendwende gesorgt. Nun setzt sie mit dem „Sparpaket“ noch eins drauf.

Nahezu ein Drittel, exakt 9,4 Milliarden DM, der für das Jahr 2000 vorgesehenen Entlastungen im Bundeshaushalt führen nämlich unmittelbar zu Belastungen der bereits jetzt angeschlagenen kommunalen Sozialhilfeeats.

Sparen, egal was es kostet

So ist die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe vorgesehen. Diese erhalten Arbeitslose, die vorher nicht oder nicht lange genug in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis standen, zum Beispiel Wehrpflichtige oder Referendare. Das soll eine Einsparung von einer Milliarde DM im Bundeshaushalt bringen. Da die betroffenen Menschen nicht nur von Luft und Liebe leben können, werden sie in vielen Fällen auf den Bezug von Sozialhilfe angewiesen sein.

Dafür wiederum müssen die Kommunen aufkommen. In diesem Zusammenhang wird mit einer jährlichen Mehrbelastung von 500 Millionen DM gerechnet.

Erstmals will eine Bundesregierung die Kommunen sogar beim Unterhaltsvorschuß für Alleinerziehende zur Kasse bitten. Er wird gewährt, wenn – in der Regel von Männern – keine Alimente gezahlt werden. Die im 2000er Budget-Entwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vorgesehene Senkung des Unterhaltsvorschlusses von 218 Millionen DM

hätte nach Recherchen des Städte- und Gemeindebundes für die Kommunen zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 150 Millionen DM zur Folge.

Schließlich will sich der Bund völlig aus der Finanzierung des pauschalierten Wohngeldes zurückziehen. Bisher hatte er sich zur Hälfte an den anfallenden Wohnkosten für Bezieherinnen und Bezieher von Sozialhilfe beteiligt. Ausbaden müssen auch das die Kommunen, die auf diese Weise mit jährlich rund 2,3 Milliarden DM belastet würden.

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

**Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553**

Wenn das Sparpaket durchgedrückt wird, hat das gravierende Folgen für das Leben vieler Menschen in ihren Städten und Dörfern. Die zusätzlichen Kosten werden natürlich auch in den Kommunen selbst weitergereicht. Das heißt, alle Aufgaben, deren Erledigung nicht zwingend per Gesetz vorgeschrieben ist, stehen auf dem Prüfstand und drohen, dem Rotstift zum Opfer zu fallen. Das beginnt bei A wie Altenbetreuung, geht über K wie Kinderhort und endet noch lange nicht bei Müllentsorgung. Wer unter diesen neuen Bedingungen glaubt, weitere Belastungen einfach an die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt weiterreichen zu können unterstützt den Raubzug der Bundesregierung. Auf die künftigen Diskussionen im Stadtparlament bin ich jedenfalls gespannt. Rudi Hechler



rer Streich-Vorschläge lassen nämlich die Schuldenberge bei anderen wachsen.

Zu den Leidtragenden gehören auch die Städte und Gemeinden, hier erwarten wir eigentlich jetzt dringend auch den Protest unserer sozialdemokratischen Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf.

In ihrer Koalitionsvereinbarung wollten SPD und Grüne noch die Finanzkraft der Kommunen stärken und das Gemeindefinanzsystem einer umfassenden Prüfung unterziehen. Immerhin sind die kommunalen Investitionen von 65 Milliarden DM in 1992 auf 48 Milliarden DM Ende vergangenen Jahres zurückgegangen. Die Schuldenmarke der Kommunen nähert sich bedrohlich der 200 Milliarden DM Grenze.

Schon mit dem sogenannten Steuerentlastungsgesetz hatte die neue Bundesregierung für jährliche Einnahmeausfälle der Städte, Gemeinden und

Die Anti-Kriegs-Initiative Mörfelden-Walldorf
lädt ein
zu einer Informationsveranstaltung

Der Krieg um die Köpfe

ein Vortrag über die Rolle der Medien im Krieg

mit Uli Breuer

Montag, 25. Oktober 1999, 19.30 Uhr, im Vereinsraum „Goldener Apfel“



Statistik '98

Statistik ist wie ein Bikini, er zeigt vieles, verdeckt aber das Entscheidende. Der Satz, der Churchill nachgesagt wird, kommt dem Leser in den Sinn, der die städt. Statistik in Händen hält.

1997 betrug die Stadtbevölkerung 32.282. Das sind 204 weniger als ein Jahr zuvor. Davon waren 21,4% Ausländer. Die schwache Baukonjunktur spiegelt sich in 17 Wohngebäuden oder 89 Wohnungen nieder, die 1997 errichtet wurden. In 1996 wurde drei Mal mehr gebaut. Dramatisch sind die Steuereinnahmen gesunken. Von 37,2 Mill in 1996 auf 25,4 in 1997. Das hat mit dem Wegfall der Gewerbesteuer zu tun. Diese Entwicklung korrespondiert mit der Schuldenentwicklung. Die Verbindlichkeiten stiegen von 1996 52,2 Mill. auf 56,6 Mill. 1997. Das sind 1753 Mark pro Einwohner. Dafür mussten 1996 2,2 Mill. Zinsen gezahlt werden. Interessant ist eine leichte Abnahme des Stromverbrauchs in Haushalten und Zunahme des Gasverbrauchs, wobei öffentl. Einrichtungen sparten. Das Gesamtmüllaufkommen ist von 1997 auf 1998 um 1,61% gestiegen; die Restmüllmenge nahm aber um 5,81% ab. Ein Ergebnis der Getrenntsammlung. Die Zahl der Gewerbebetriebe ist von 2339 in 1997 auf 2718 in 1998 gestiegen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 1012 in 1997 auf 1072 in 1998. Davon sind 361 Langzeitarbeitslose (über 1 Jahr). 83 Arbeitslose sind unter 25, 280 über 55 Jahre, 55 sind Schwerbehinderte. Die kulturellen Veranstaltungen nahmen von 44 auf 53 zu, doch die Besucherzahl halbierte sich. Bei Konzerten, Theater ist dies bemerkenswert. Zunahme verzeichnete die Jugendmusikschule mit 660 Teilnehmern. Die Büchereien erfreuten sich gesteigener Beliebtheit. Immerhin über 75 000 Bücher etc. wurden 1998 ausgeliehen. Die Kindergartenplätze reduzierten sich von 750 auf 705 in 1998; das Fachpersonal um 2 auf 87. Die Kriminalität hat drastisch zugenommen, und zwar von 1667 in 1997 auf 2154 in 1998 (29,2%). Bei 481 Delikten konnten Täter ermittelt werden (22,3%). Auch die Straßenverkehrsunfälle nahmen zu, um 11 auf 426 in 1998. 138 Personen wurden dabei verletzt. Davon waren 6 Fußgänger und 126 Radfahrer (1996 zählte die Statistik nur 15 verletzte Radler). RD

Brehl's Ausreden

Was findet doch unser Bürgermeister alles für Gründe, Ausreden und Ausflüchte, wenn er auf etwas angesprochen wird, das schon lange beschlossen, das Geld dafür schon seit Jahren im Haushaltsplan und deshalb schon längst hätte erledigt sein können. Jüngstes Beispiel – Bürgerversammlung:

Ein anwesender Bürger beklagt, daß zu wenig Randsteine für Radfahrer abgesenkt werden. Er denke dabei auch an die Kinder, die bis zu einem Alter von zehn Jahren auf Bürgersteigen fahren dürfen. Es sollten deshalb entlang der Hauptstraßen an Einmündungen von Seitenstraßen die Randsteine abgesenkt werden. Dies wäre auch für Fahrradstreifen auf breiten Bürgersteigen notwendig.

Der Bürgermeister meinte dazu:

„Das ist nicht zulässig. Radfahrer und besonders radfahrende Kinder sind dabei von aus Seitenstraßen kommenden Autos gefährdet“.

Unser Bürgermeister sollte sich doch einmal in Nachbarstädten (Rüsselsheim, Langen) und Nachbarkreisen umschauchen. Dort gibt es so etwas schon lange. Zur Sicherheit der Kinder und Fahrradfahrer aber auch zur Aufmerksamkeit der Autofahrer können Schilder und rote Fahrstreifen angebracht werden. Wer etwas nicht will, findet immer eine Ausrede. Heinz Hechler



„Feiern statt fliegen“ - unter diesem Motto feierten die Bürgerinitiativen gegen die Flughafenenerweiterung im September ein wunderschönes Fest auf dem Marktplatz in Raunheim.

Ein Programm mit Musik, Comedy, Filmen, einem Zauberer und dem Kulturcafé-Chor lief am ganzen Nachmittag. An vielen Tischen gab es Informationen (unser Foto: Die Naturfreunde aus Rüsselsheim). Überall wurde deutlich: Die Bürgerinitiativen werden stärker. Sie werden aber auch gebraucht.

Rote Ohren

Bekam Brehl rote Ohren? Das wissen wir nicht, aber er hätte sie bekommen müssen, wenn er dünnhäutiger wäre. In der letzten Bürgerversammlung hagelte es Vorwürfe von Bürgern gegen die Untätigkeit im Rathaus in Sachen Radwege und Verkehrsberuhigung. Überall in der Umgebung würde mehr getan. Es gilt nicht, zu beklagen, dass der meiste Autoverkehr Ziel- und Quellverkehr sei, also von den ortsansässigen Bürgern selbst verursacht. Das hat Ursachen. Wem als Bürger das Rad fahren derart verleidet wird durch fehlende Radwege und unsichere Straßenverhältnisse, der lässt sein Auto nicht stehen und macht die Besorgungen per Pkw. Beschlüsse der Stadtverordneten gibt es zuhauf. Nur - der Verwaltungschef setzt sie nicht oder nur sehr zögerlich um.

Lärmschutzwand

Wie bekannt, wird vor Baubeginn im Neubaugebiet Plassage/Lange Äcker eine Lärmschutzwand entlang der Bahnlinie gebaut. In der Stadtverordnetenversammlung sagte der Sprecher der DKP/OL-Fraktion, dass die CDU und die Grünen einst den Beschluss zum Baugebiet durchsetzten. Die CDU griff darauf die DKP an wegen ihrer ablehnenden Haltung, verstieg sich zum Vorwurf, wir stünden nicht auf gesetzlicher und rechtlicher Grundlage wenn wir den Beschluss zur Lärmschutzwand und der Kostenverteilung nicht mittrügen. Der Beschluss des Parlaments zum Baugebiet datiert aus der Zeit zwischen 1985 und 1989, sei Fakt und folglich müsse er von uns mitgetragen werden.

Dazu: Wir gehörten damals nicht dem Parlament an. Wir finden es als ungerrecht, wenn die Leute zur Kasse gebeten werden, die mit dem neuen Baugebiet nichts zu tun haben.

Außerdem: Es gibt viele Beispiele, in denen die CDU-Fraktion mit Nein stimmte, auch wenn das Parlament in seiner Mehrheit einen Grundsatzbeschluss fasste. So beim Bau/Sanierung des Waldenserhofes, bei der Sanierung des Goldenen Apfel, der Sanierung des „Schneiker“- und des „Eilberg“-Hauses. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. RD

Neue Anfragen der DKP/OL

Ausbildungssituation

Wir fragen den Magistrat, wie sich die Ausbildungssituation in unserer Stadt entwickelt hat und was aus dem „Ausbildungsforum“ geworden ist, das der Bürgermeister im vergangenen Jahr publikumswirksam aus der Taufe gehoben hat?

Befristete Arbeitsverträge

Wir fragen den Magistrat, in welchem Umfang die Stadt befristete Arbeitsverträge abgeschlossen hat, in welchen Ämtern und mit welcher Begründung?

Tolle Sache

Im September wurde in der KITA VII ein „Matschplatz“ eingeweiht, den Maurer vom städtischen Bauhof, in Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen der Kita, liebevoll und mit viel Geduld angelegt hatten. Zur Einweihung waren auch die Bauhofkollegen eingeladen und brachten den Kindern als Geschenk einen Ball mit, weil ihnen die Arbeit so viel Spaß gemacht hat. Eine bemerkenswerte Geste.

Vandalismus-Schäden

Wir fragen den Magistrat, in welchem Umfang in unserer Stadt jährlich Schäden durch Vandalismus an öffentlichen Einrichtungen entstehen, inwieweit diese vermeidbar sind und ob eine ausreichende Versicherung besteht, um eine schnellstmögliche Reparatur der betroffenen Einrichtungen zu veranlassen?

Bericht zum (innerstädtischen) Busverkehr

Wir fragen den Magistrat, wann mit dem mehrfach zugesagten Bericht über die Entwicklung des innerstädtischen Busverkehrs zu rechnen ist?

Arbeitsgerichtsverfahren

Wir fragen den Magistrat, in welchem Umfang und aus welchen Anlässen die Stadt in den letzten fünf Jahren Arbeitsgerichtsprozesse geführt hat, wer die Stadt im Einzelnen vertreten hat, und welche Kosten der Stadt daraus entstanden sind.

Hausaufgaben

Fristgerecht vor der Septembersitzung hatte die DKP/OL eine Reihe von Anfragen gestellt (s. „blickpunkt“ 9/99), die vom Magistrat bis zur Stadtverordnetenversammlung zu beantworten sind. Der Bürgermeister, dem die Fragen offenbar unangenehm sind, teilte statt einer Antwort mit, die Anfragen „werden bis Ende September beantwortet.“

Bis zum Redaktionsschluß dieser bp-Ausgabe (7.10.) gab es immer noch keine Antworten. Professionell ist das nicht.

Wir lassen uns davon selbstverständlich nicht entmutigen – wir können warten – und stellen zur nächsten Stadtverordnetenversammlung neue Anfragen. Wenn der Bürgermeister auf so vielen Hochzeiten tanzt, daß er kaum noch im Rathaus ist, dort aber alles als „Chefsache“ liegen läßt, dann muß er darüber nachdenken, ob er nicht das eine oder andere an „Nebentätigkeiten“ aufgibt. Dies erst recht, wenn er nach 2001 noch einmal 6 Jahre als Bürgermeister dranhängen will.

Wir sehen da Probleme auf ihn zukommen, wenn er seine Hausaufgaben immer wieder vernachlässigt. Wir werden ihn aber auch immer wieder danach fragen. GS

Kommunalwahl 2001

Diskussion mit

Dr. Ellen Weber, DKP-Parteivorstand

Olaf Weichler, Landesgeschäftsführer der PDS Hessen

Mittwoch, 10. November 1999, 20 Uhr

Bürgerhaus Mörfelden

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Eine Veranstaltung der „Linke Runde“ Diskussionsforum der DKP Mörfelden-Walldorf

Stadtgeschichte



Die Mörfelder Gaststätte „Zum Rosengarten“ hatte eine lange Tradition. Von 1904 bis 1914 führte Georg Dammel III. gemeinsam mit seiner Frau die Wirtschaft Ecke Steinweg /Bahnhofstraße, bis er das Gasthaus „Zur Eisenbahn“ in der Bahnhofsstraße 19 kaufte und ihm den Namen seines früheren Lokals gab. Unser heutiges Foto, es könnte an einem Kerwemontag entstanden sein, zeigt die Wirtsleute der zweiten Generation, „de Gritsche Schorsch un seu Gretche“, d. h. den Sohn des ersten Wirtes, ebenfalls Georg Dammel und seine Frau Margarete, Anfang der sechziger Jahre. Die Gaststätte wurde von ihnen betrieben bis zum Jahre 1968. Das Lokal war immer gut besucht und die Beliebtheit hing wohl auch mit den Wirtsleuten zusammen. Geselligkeit wurde groß geschrieben. Ein uns vorliegendes Foto aus dem Jahre 1914 zeigt schon die frühe Verbundenheit auch mit der Jugend. Die Wirtsleute Dammel sen. saßen mitten unter den vierzig Jugendlichen, die damals in ihrem Lokal die hiesige Arbeiterjugend gründeten. Nach dem zweiten Weltkrieg, 1945 /46, traf sich die Jugend dort wieder und versuchte die ersten Tanzschritte. Auch die Naturfreunde, die Gewerkschaft und die Kommunistische Partei hatten dort ihr Domizil. Von den damaligen Gästen werden heute noch gern Anekdoten erzählt: Wenn Georg Dammel mit einem seiner Gäste Schach spielte und ein anderer noch ein Bier bestellte und rief, „Schorsch, noch e Scheppche“, kam die Antwort, „zapp der selbst“ (zapfe es dir selbst).



Anbei erhalten Sie Ihren dreck zurück.

Was sind Sie? Verbrechert, assoziales dreckiges Gesindel, das das Volk Vernichten will?!

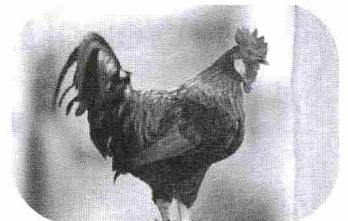
Handeln tun sie auf alle Fälle danach jmit ihrem Volksvernichtern!

KEINE WERBUNG gilt auch für die KOMMUNISTEN diese hätte man früher In Arbeitslager geschickt, das arbeitsscheue VOLK.

Ein auf solche dreckigen antimenschen scheidender, denn mehr seid ihr nicht wert.

Allerdings ist scheisse noch ein Dünger, sie aber nicht !!!

Unser Lexikon



**Giggel
Hahn (Gockel)**

Der „blickpunkt“ bekommt oft Leserbriefe mit Anregungen und Vorschlägen. Bleibt festzuhalten: Wir freuen uns über Post. Wir freuen uns über Spenden. Beides hilft dem „blickpunkt“. Manchmal kommt auch Anonymes (siehe oben) - das muß man aber dann nicht kommentieren. Oder?